

Luzerner Tagblatt



Wo das Christkind den Baum holt

Wenn die Weihnachtswoche im Anbruch ist, dann beginnt allenthalben im Lande der Christbaummarkt. Eines Morgens fahren die Lastwagen auf, es beginnt das große Entladen, und wenn die ersten Kunden eintreffen, stehen die Bäumchen schon zum Kauf bereit, ordentlich mit Preisstüpfchen versehen und auf gezimmerten Holzständern festgenagelt. Die Preise sind in den letzten Jahren ordentlich in die Höhe geklettert, aber gemessen am Weihnachtbudget, das ja auch niemals kleiner, sondern immer nur größer wird, handelt es sich doch nur um einen bescheidenen Posten. Gönnen wir den Baumverkäufern ihren Preis. Sie holen die Bäumchen für uns im Kanton Aargau, im Thurgau und nicht selten auch im Schwarzwald. Unser Bild entstand auf dem Schwanenplatz in Luzern, dem Hauptumschlagplatz für Weihnachtsbäume in der Leuchterstadt. Foto Hans Blättler

Weitere Verhaftungen in Italien
Bundesgericht gegen maßlose
Oberzolldirektion LM
Französische Waffen
für Libyen? LM

Vorsichtige Reform in Rumänien

Bukarest, 18. Dez. (UPI) Herren mit Aktenmappen eilen geschäftig in ein Bürogebäude an der Victoriastraße in Bukarest, vorbei an einem Eingangsschild, auf dem «Industriezentrale für chemische Industrie und Raffinerien» steht.

Das sind die neuen «Bosse» der vorsichtig reformierten rumänischen Wirtschaft. Unternehmen ein und desselben Industriezweigs werden in Rumänien zusammengefasst und einer «Industriezentrale» unterstellt — statt wie bisher einem Ministerium in der Hauptstadt.

Die Industriezentrale können mit großen westlichen Firmen verglichen werden, die mehrere Produktionszweige umfassen. Wie sie, hat die Industriezentrale einen Generaldirektor und eine Art Vorstand, dem die Manager der zusammengefassten Unternehmen und Spezialisten angehören. Diese Veränderung in der rumänischen Wirtschaft gewährt den Betrieben eine gewisse Autonomie gegenüber der staatlichen Bürokratie, damit sie rentabler arbeiten und Rumänien auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen.

Die Rumänen vermeiden sorgfältig, von einer «Reform» zu sprechen. Vielmehr wird immer wieder betont, daß die «Reorganisation der Industrie» nichts an staatlichen Eigentum oder der Parteikontrolle über die Wirtschaft ändert.

«Es handelt sich um eine Dezentralisierung und Zentralisierung zugleich», erläuterte ein Regierungsbeamter, der mit den Reformen beschäftigt ist. «Die Produktion soll effektiver werden, oder mit anderen Worten: sie soll Gewinn abwerfen.»

Eine Industriezentrale verfügt über ihre Fonds, kann Gewinne wieder investieren, kann Forschungs- und Entwick-

lungsarbeiten vorantreiben, Rohmaterial einkaufen, neue Werke bauen und alte erneuern. Geschäftsleute aus dem Ausland können sich nun direkt an eine Industriezentrale wenden, statt mit einem Ministerium zu verhandeln.

Trotzdem können auch die Industriezentralen nicht aus eigenem Willen entscheiden, was sie produzieren und welche Löhne sie bezahlen wollen. Das wird nach wie vor von der Regierung, dem Plan bestimmt. Erste Experimente mit Industriezentralen begann Rumänien im April 1968 in der Flugzeugindustrie. Der größte Teil der heute existierenden 200 Industriezentralen entstand in diesem Frühjahr. Hunderte von Wirtschaftsfachleuten werden in Spezialschulen auf Führungsposten in den Zentralen vorbereitet. Hunderte von Bürokraten in den Ministerien werden ausgesiebt und in die Wirtschaft entlassen. Aline Mosby

Touristenverkehr wird erleichtert

Bukarest, 18. Dez. ag. (DPA) Das rumänische Parlament hat am Mittwoch in geheimer Abstimmung ein neues Ausländergesetz verabschiedet, mit dem der Touristenverkehr erleichtert und die Rechtsituation der Ausländer in Rumänien verbessert werden soll. Innenminister Cornel Onescu begründete das Gesetz, mit dem Bestimmungen aus dem Jahre 1957 abgelöst werden, mit dem Streben seiner Regierung nach immer engeren Beziehungen zu anderen Ländern.

Weltraumflüge sollen billiger werden

Houston, 19. Dez. (UPI) Eine Reduzierung der bisherigen Kosten von Weltraumflügen auf einen Zehntel und eine ständige Station im Weltraum hat die amerikanische Raumfahrtbehörde (Nasa) Präsident Nixon für die 70er Jahre vorgeschlagen. Das gab der Chef der Nasa, Thomas Paine, am Donnerstag in einer Rede auf dem Bankett der Handelskammer in Houston (US-Bundesstaat Texas) bekannt. Die Einsparung erfolge dadurch, daß man dasselbe Raumfahrzeug mehrmals verwendete.

Starre Haltung Gowons

Keine Waffenruhe an Weihnachten in Nigeria

Kano, 19. Dez. (UPI) Der nigerianische Staatschef General Gowon hat sich am Donnerstag gegen eine Waffenruhe im Bürgerkrieg mit der abgefallenen Ostregion Biafra an Weihnachten ausgesprochen. Auf dem Flughafen von Kano im Nordosten des Landes sagte Gowon: «Zeitpunkt und Bedingungen einer Waffenruhe werden von uns festgelegt». Zuvor hatte Gowon in Lagos vor Journalisten erklärt,

wenn Biafra nicht auf der Grundlage der Entschlüsse der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) über eine Friedensregelung verhandelt wolle, bleibe keine andere Möglichkeit, «als alle Kräfte für eine rasche militärische Lösung des Sezessionsproblems zu mobilisieren».

Die OAU-Resolutionen setzen sich für die Einheit Nigerias ein.

Arabische Zuversicht vor dem «Gipfel» in Rabat

Nasser und Feisal sollen gemeinsame Haltung vereinbart haben — Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen für die Staats- und Regierungschefs

Rabat, 19. Dez. (UPI) Die marokkanische Hauptstadt Rabat bereitet sich am Freitag mit scharfen Sicherheitsvorkehrungen auf die am Samstag beginnende arabische Gipfelkonferenz vor, von der sich die teilnehmenden Nationen eine Festigung der gemeinsamen Haltung gegenüber Israel erwarten. Mindestens drei Staatschefs werden auf diesem fünften Gipfeltreffen der Araber fehlen. Tunesiens Präsident Habib Bourguiba läßt sich in Paris ärztlich behandeln. Die Staatschefs von Syrien und Irak, Nureddin Al-Atassi und Generalmajor Achmed Hassan Al-Bakr, senden ebenfalls nur Bevollmächtigte nach Marokko.

Neun Staatschefs und vier Delegationsleiter haben sich angesagt — darunter der Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Yassir Arafat.

Die marokkanische Polizei und Armee haben Tausende von Sicherheitsbeamten und Soldaten für den Schutz der Araberführer aufgebildet, die im «Hilton»-Hotel in Rabat tagen werden. Al-

lein 10 000 Geheimpolizisten stehen bereit. Sogar zahlreiche in Rabat lebende Palästinenser sollen für die Dauer der Konferenz aus der Stadt gewiesen worden sein, weil die marokkanische Polizei Demonstrationen im Zusammenhang mit Arafats Aufenthalt in Rabat vermeiden möchte.

In Kreisen der Delegationen wird dem Gipfeltreffen mit Optimismus entgegengesehen. Man erwartet von der dreitägigen Konferenz Einigkeit über die Haltung der arabischen Staaten gegenüber Israel, trotz interner Streitigkeiten, wie etwa der Auseinandersetzung zwischen Saudiarabien und Südjemen um den Wüstenstützpunkt Wadaja.

Aegypten und Jordanien sind seit der letzten Gipfelkonferenz in Khartum, die nach dem Juni-Krieg von 1967 einberufen worden war, von Saudiarabien, Kuwait und Libyen finanziell unterstützt worden. Kairo erhielt 95 Millionen Pfund Sterling, Jordanien 40 Millionen Pfund jährlich. Libyen will sich dafür einsetzen, diese Hilfe noch auszuweiten.

Marokko war schon einmal, 1965, Gastgeberland für einen arabischen «Gipfel». Damals hielten die arabischen Staaten ihr drittes Treffen in Casablanca ab und schlossen den sogenannten «Arabischen Solidaritätspakt». Sie vereinbarten darin, Presse- und Radioattacken gegeneinander einzustellen und sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen zu enthalten.

Nassers Besprechungen mit König Feisal

(UPI) Auf eine gemeinsame Haltung gegenüber Israel einigten sich König Feisal von Saudiarabien und der ägyptische Staatspräsident Nasser in Kairo. Wie Außenminister Riad mitteilte, vereinbarten sie ferner eine engere Zusammenarbeit beider Länder. Nasser und Feisal sollen auch die Beziehungen zwischen beiden Ländern erörtern und sich darauf geeinigt haben, sie zu stärken. Ferner sei vereinbart worden, offizielle Besuche von Regierungsvertretern auszutauschen. «Sie vereinbarten in großen Zügen Solidarität und Zusammenarbeit gegenüber dem gemeinsamen Feind.»

Union des Sudans mit Aegypten und Libyen?

Noch starke Ressentiments gegen die Aegypter in sudanesischen Kreisen

Zur Diskussion über die engere Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern werden Ende Dezember der ägyptische Staatspräsident Nasser, der sudanesischer Ministerpräsident Numeiri und der libysche Revolutionsratsvorsitzende El Khadafi in der libyschen Hauptstadt Tripolis zusammenkommen. Hohe Regierungsvertreter im Sudan erklärten dazu, ihr Land befürworte die eventuelle politische Vereinigung mit Aegypten und Libyen. Innenminister Faruk Hamadallah erklärte gegenüber «UPI»: «Der Sudan ist für wirtschaftliche und militärische Einheit und die mögliche politische Einheit der drei Länder.» Und er fügte hinzu: «Wir glauben, Präsident Nasser teilt unsere Ansicht.»

Die Frage der Einheit hat jedoch im Sudan, wo große Teile der Bevölkerung traditionell antiägyptisch eingestellt sind, bereits gewaltsame Reaktionen verursacht. Diese waren so wirkungsvoll, daß sich die Regierung kürzlich gezwungen sah, in einer Stellungnahme den angeblichen Beginn von Verhandlungen zwischen den drei Ländern zu bestreiten.

Trotzdem scheint die Regierung entschlossen zu sein, die Gespräche in Tripolis voranzubringen, zuerst zu einer Vereinbarung über eine Art Wirtschaftsunion.

Seit der libyschen Revolution im September liebäugelten sowohl der Sudan als auch Aegypten mit dem Gedanken an den Oelreichtum dieses Landes als Lösung für ihre chronischen Finanzprobleme. Libyen hat sich schon bereit erklärt, dem Sudan etwa 16 Millionen Dollar zu leihen, und in Khartum hofft man für die nächste Zukunft auf mehr.

Zwischen Sudan und Aegypten bestehen bereits mehrere wirtschaftliche und militärische Vereinbarungen, die aber bisher nur geringe praktische Auswirkungen hatten. Nasser soll kürzlich gesagt haben, Libyen habe das Geld, Aegypten Menschen und Fachkräfte, und der Sudan habe das Land. Der Sudan umfaßt mit zweieinhalb Millionen Quadratkilometer das größte Areal Afrikas, nur vier Prozent des Ackerlandes werden gegenwärtig bebaut.

Aber obwohl die Regierung des Sudans für die Union ist, stellt sich ein Großteil der Bevölkerung voller Mißtrauen gegen die Aegypter, die ihr Land bereits mehrmals erobert haben. Noch heute ist dort die Rede von einer «ägyptischen Invasion». Demgegenüber erklärte ein politischer Berater in Khartum, mit einem Anflug der im Sudan weitverbreiteten Verachtung gegenüber den nördlichen Nachbarn: «Die einzige

Möglichkeit, daß die Aegypter in den Sudan einfallen, ergibt sich, wenn sie von Sinai weglaufen.» Dies ist ein ironischer Kommentar zur ägyptischen Auseinandersetzung mit Israel, die von Khartum offiziell unterstützt wird. Wie Innenminister Hamadallah dazu sagte, wird gegenwärtig die Möglichkeit zur Verstärkung der sudanesischen Truppen untersucht, die gemeinsam mit ägyptischen Soldaten am Suezkanal stehen.

Obwohl Hamadallah sagte, Nasser stimme der sudanesischen Ansicht über eine politische Union zu, halten politische Beobachter den ägyptischen Präsidenten einer solchen Idee gegenüber für zurückhaltend, seitdem Nassers Versuch einer «Vereinigten Arabischen Republik» zwischen Aegypten und Syrien scheiterte. Sollte jedoch die Union kommen, so würden vermutlich die Spitzenpolitiker in Sudan und Libyen einer Führerrolle Nassers in dem Staatenbund zustimmen. UPI

Weitere Verhaftungen in Italien

Valpreda weist Beschuldigungen zurück

Rom, 19. Dez. ag. (DPA) Ueber eine Reihe von italienischen Südtun ist eine neue Welle von Verhaftungen hinweggegangen, die zum Teil keinen unmittelbaren Zusammenhang mit den blutigen Bombenanschlägen vom 12. Dezember erkennen lassen. In Genua wurden am Donnerstagabend sechs führende Mitglieder der marxistisch orientierten «Marxistisch-Leninistischen KP» hinter Schloß und Riegel gebracht. Sie sollen wegen umstrittener Propaganda und Aufwiegelung zur Mißachtung der Gesetze über die öffentliche Ordnung vor Gericht gestellt werden. In verschiedenen Orten wurden nach Angaben der Polizei bei Hausdurchsuchungen Waffen gefunden, in Bologna ein «ganzes Arsenal».

Der Hauptverdächtige für die Bombenanschläge, Pietro Valpreda, dem die Anklage wegen Mitwirkung an einem Blutbad und Sprengstoffbesitz zugestellt wurde, bestreitet alle ihm zur Last gelegten Verbrechen. Er sitzt in einer Isolierzelle des römischen Untersuchungsgefängnisses und wird scharf bewacht, weil man verhindern will, daß er nach dem Beispiel seines Freundes Giuseppe Pinelli Selbstmord begeht.

Helsinki war ein erster Erfolg

Die amerikanisch-sowjetischen Vorgespräche über eine Begrenzung der interkontinentalen Atomträgerwaffen sind besser verlaufen, als man vor ihrem Beginn erwartet hatte. Die in Helsinki erzielte Übereinkunft, schon bald mit den eigentlichen Sachverhandlungen zu beginnen, läßt hoffen, daß in absehbarer Zeit eine erste, gemeinsame Rüstungsbegrenzungs-Vereinbarung der beiden Atomgiganten zustande kommen kann.

spk. Grundsätzlich hat man sich über zwei Punkte unterhalten: 1. Das Wettrennen auf dem Gebiet der interkontinentalen Atomraketen soll gestoppt werden. 2. Die so überaus kostspieligen Antiraketen-Raketen, also Abwehrraketen gegen anfliegende interkontinentale

Raketen, sollen nicht weiterentwickelt werden. Beide Punkte bedürfen noch der genaueren Konkretisierung bei den kommenden Gesprächen. Endgültige Verhandlungsergebnisse darüber sind bis Mitte 1970 zu erwarten.

(Fortsetzung Seite 2)